

Finanzcontrolling (FiCo) der Stadt Essen

Bericht zum Prognosestichtag 30. Juni 2023
(FiCo II/2023)

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung.....	3
2.	Aktuelle Haushaltsentwicklung 2023.....	3
2.1	Ordentliches Ergebnis.....	5
2.2	Finanzergebnis.....	7
2.3	Entwicklung der COVID-19- und Ukraine-Krieg-bedingten Haushaltsbelastungen	8
2.4	Beteiligungsergebnis	9
3.	Ergebnisprognosen der Geschäftsbereiche.....	10
3.1	Geschäftsbereich OB [Oberbürgermeister].....	10
3.2	Geschäftsbereich 1 [Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung].....	12
3.3	Geschäftsbereich 2 [Finanzen].....	14
3.4	Geschäftsbereich 3 [Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung]	17
3.5	Geschäftsbereich 4 [Jugend, Bildung und Kultur]	20
3.6	Geschäftsbereich 5 [Soziales, Arbeit und Gesundheit].....	23
3.7	Geschäftsbereich 6 [Umwelt, Verkehr und Sport]	27
3.8	Geschäftsbereich 7 [Stadtplanung und Bauen].....	29

1. Vorbemerkung

Der vorliegende Quartalsbericht stellt eine Prognose über das voraussichtliche Jahresergebnis 2023 auf Basis der zum Stichtag 30. Juni 2023 gebuchten Geschäftsvorfälle und sonstigen Erkenntnisse der Fach- und Geschäftsbereiche dar.

Die KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchendenaufnahme trat am 31. Dezember 2022 außer Kraft. Somit entfallen die Berichtspflichten über Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Schutzsuchenden aus der Ukraine gegenüber der Aufsichtsbehörde. Aufgrund der zentralen Bedeutung für die Haushaltswirtschaft der Stadt Essen wird hierzu unter Ziffer 2.3 dennoch berichtet.

Die internen Leistungsbeziehungen (ILB) werden nicht betrachtet, da diese – bezogen auf das Gesamtergebnis – haushaltsneutral und ausgeglichen sind.

Die geschäftsbereichsbezogenen Ergebnisprognosen und -erläuterungen (vgl. Ziffer 3) basieren auf dem „Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit“ (Zeile 22 der Teilergebnisrechnung).

2. Aktuelle Haushaltsentwicklung 2023

Der Rat der Stadt Essen hat mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2023 im Ergebnisplan einen Jahresüberschuss i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro beschlossen. Nach Übertragung von sachlich unabweisbaren Aufwandsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2022 – sog. Ermächtigungsübertragungen – verringert sich der fortgeschriebene Plan-Jahresüberschuss 2023 auf rd. 0,7 Mio. Euro.

Zum aktuellen Berichtsstichtag wird ein **Jahresfehlbetrag i. H. v. rd. 12,5 Mio. Euro** prognostiziert.

Dieser Prognosewert berücksichtigt den Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen vom 22. April 2023 mit einer Belastung im Jahr 2023 i. H. v. rd. 15,6 Mio. Euro. Die im Haushaltsplan ursprünglich berücksichtigte Tarifierhöhung beträgt 5,5 Mio. Euro.

Die Haushaltsbelastungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine werden auf rd. 16,2 Mio. Euro beziffert. Saldiert mit den isolierungspflichtigen COVID-19-Erträgen und Aufwendungen ergibt sich aktuell eine zu aktivierende Bilanzierungshilfe i. H. v. rd. 12,6 Mio. Euro (vgl. Ziffer 2.3).

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	davon Corona- bedingt	davon Ukraine- bedingt	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.012.728.000	1.012.728.000	1.060.205.923	0	0	47.477.923
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.053.884.110	1.053.884.110	1.113.753.131	8.720.888	18.347.716	59.869.020
3	+ Sonstige Transfererträge	37.308.429	37.308.429	36.314.020	0	0	-994.409
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	385.685.253	385.685.253	383.796.168	0	960.000	-1.889.085
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	27.466.142	27.466.142	26.479.165	0	0	-986.977
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	940.777.568	940.777.568	944.827.781	0	45.169.580	4.050.213
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	118.888.378	118.888.378	135.792.593	1.829.344	0	16.904.215
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	5.893.045	5.893.045	5.893.045	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	3.582.630.926	3.582.630.926	3.707.061.827	10.550.232	64.477.296	124.430.901
11	- Personalaufwendungen	598.230.031	598.230.031	604.650.947	0	4.333.540	6.420.916
12	- Versorgungsaufwendungen	119.837.801	119.837.801	122.806.752	0	0	2.968.951
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	465.626.006	466.658.196	521.188.806	517.458	6.010.363	54.530.609
14	- Bilanzielle Abschreibungen	93.854.008	93.854.008	99.370.798	0	0	5.516.790
15	- Transferaufwendungen	2.090.498.592	2.090.498.592	2.146.958.084	2.780.358	68.102.654	56.459.493
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	183.604.556	183.605.389	206.954.592	3.707.845	2.223.609	23.349.203
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.551.650.993	3.552.684.017	3.701.929.979	7.005.661	80.670.166	149.245.961
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	30.979.933	29.946.909	5.131.848	3.544.572	-16.192.870	-24.815.061
19	+ Finanzerträge	33.013.758	33.013.758	41.201.588	0	0	8.187.830
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufw.	62.210.942	62.210.942	58.874.911	0	0	-3.336.031
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-29.197.184	-29.197.184	-17.673.323	0	0	11.523.861
22	= Ergebn. der lfd. Verw.tätigkeit (=18+21)	1.782.749	749.724	-12.541.475	3.544.572	-16.192.870	-13.291.200
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebn. vor Int. Leist.bez. (= 22 + 25)	1.782.749	749.724	-12.541.475	3.544.572	-16.192.870	-13.291.200
27	+ Erträge aus int. Leistungsbeziehungen	218.723.814	218.723.814	218.723.814	0	0	0
28	- Aufw. aus int. Leistungsbeziehungen	218.723.814	218.723.814	218.723.814	0	0	0
29	= Ergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	1.782.749	749.724	-12.541.475	3.544.572	-16.192.870	-13.291.200

Die einzelnen Geschäftsbereiche schließen mit folgenden Ergebnissen der laufenden Verwaltungstätigkeit ab:

Geschäftsbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
Geschäftsbereich 4	-486.462.674	-517.176.983	-30.714.310
Geschäftsbereich 3	-114.539.797	-134.679.736	-20.139.940
Geschäftsbereich 5	-312.562.704	-331.706.900	-19.144.195
Geschäftsbereich 7	-171.370.716	-185.595.560	-14.224.844
Geschäftsbereich 6	-171.547.140	-176.580.254	-5.033.113
Geschäftsbereich 2	-95.486.805	-86.819.590	+8.667.215
Geschäftsbereich OB	-51.444.066	-40.743.628	+10.700.438
Geschäftsbereich 1	-102.689.303	-87.000.247	+15.689.056
Deckungsbudget	1.506.852.929	1.547.761.423	+40.908.494
Ergebnis aus lfd. Verw.tätigkeit	749.724	-12.541.475	-13.291.200

In fünf Geschäftsbereichen werden Ergebnisverschlechterungen aus laufender Verwaltungstätigkeit erwartet, denen Verbesserungen in den übrigen Geschäftsbereichen gegenüberstehen.

Der Geschäftsbereich 4 – Jugend, Bildung und Kultur – prognostiziert Haushaltsverschlechterungen i. H. v. rd. 30,7 Mio. Euro, insbesondere in den Aufgabenbereichen „Gewährung ambulanter und stationärer Hilfen zur Förderung junger Menschen/Familien“, „Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege“ sowie beim „Digitalpakt Schule“ (vgl. Seite 20 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 3 – Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung – geht von einer Verschlechterung i. H. v. rd. 20,1 Mio. Euro aus, die maßgeblich auf steigende Personalaufwendungen im Ordnungsamt und bei der Feuerwehr sowie im Rettungsdienst auf steigende Inanspruchnahme der Dienstleitungen von Dritten zurückzuführen ist (vgl. Seite 17 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 5 – Soziales, Arbeit und Gesundheit – erwartet zum Jahresende eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 19,1 Mio. Euro durch steigende Transferaufwendungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, steigende Aufwendungen für Hilfe zur Gesundheit und der Eingliederung nach dem SGB IX sowie Mehraufwendungen in Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine (vgl. Seite 23 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 7 – Stadtplanung und Bauen – geht aktuell von einer Verschlechterung i. H. v. rd. 14,2 Mio. Euro aus, die im Wesentlichen auf Preissteigerungen für Energie, Baustoffe etc. in der Immobilienwirtschaft, zusätzliche Anmietungen sowie den Betrieb von Geflüchtetenunterkünften zurückzuführen ist (vgl. Seite 29 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 6 – Umwelt, Verkehr und Sport – prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 5,0 Mio. Euro, die hauptsächlich auf Personalmehraufwendungen und auf höhere bilanzielle Abschreibungen zurückzuführen ist (vgl. Seite 27 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 2 – Finanzen – erwartet eine Verbesserung i. H. v. rd. 8,7 Mio. Euro, insbesondere aufgrund der Rückführung der RWE-Wertpapierleihe von der Ruhrbahn GmbH (Ruhrbahn) an die Stadt Essen (vgl. Seite 14 des Berichts).

Der Geschäftsbereich OB – Oberbürgermeister – prognostiziert eine Verbesserung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. rd. 10,7 Mio. Euro, die im Wesentlichen aus einer Ergebnisverbesserung der Messe Essen GmbH (ME) resultiert (vgl. Seite 10 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 1 – Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung – kalkuliert eine Verbesserung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. rd. 15,7 Mio. Euro, da insbesondere geringere Personalaufwendungen im sog. Zentralbudget erwartet werden. Die zentral angesetzten Personalaufwendungen werden nach Umsetzung von Organisationsmaßnahmen den betroffenen Fachbereichen zugeordnet, sodass sich die Verbesserung gesamtstädtisch neutral darstellt (vgl. Seite 12 des Berichts).

Das Deckungsbudget weist gegenüber dem Ansatz eine Verbesserung i. H. v. rd. 40,9 Mio. Euro auf, die auf prognostizierte Mehrerträge bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sowie Minderaufwendungen durch abgesenkten Umlagesatz an den Landschaftsverband Rheinland zurückzuführen ist (vgl. Seite 14 des Berichts).

2.1 Ordentliches Ergebnis

Das **ordentliche Ergebnis** schließt in der Prognose mit einem Überschuss i. H. v. rd. 5,1 Mio. Euro ab, rd. 24,8 Mio. Euro schlechter als im fortgeschriebenen Ansatz vorgesehen.

Die **ordentlichen Erträge** verbessern sich um rd. 124,4 Mio. Euro auf rd. **3.707,1 Mio. Euro**. Nachstehend die wesentlichen Veränderungen:

Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben: rd. 47,5 Mio. Euro

- Mehrerträge bei der Gewerbesteuer (rd. 42,4 Mio. Euro) und dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (rd. 10,6 Mio. Euro),
- Mindererträge beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (rd. -7,5 Mio. Euro).

Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen: rd. 59,9 Mio. Euro

- Zuweisungen vom Bund und vom Land für die Beschaffung der EDV-technischen Schulausstattungen im Rahmen des „Digitalpakt Schule“ (rd. 22,0 Mio. Euro),
- Zuweisungen vom Bund und vom Land aus dem Sondervermögen „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ (rd. 18,3 Mio. Euro),
- Zuwendungen für die anteilige Refinanzierung höherer Betriebskosten in den Tageseinrichtungen (rd. 5,6 Mio. Euro), für das Projekt „Alltagshelfer“ (rd. 3,5 Mio. Euro) und für die Gruppenerweiterungen an den offenen Ganztagschulen (OGS) (rd. 1,3 Mio. Euro),
- Zuwendungen für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ (rd. 3,1 Mio. Euro), für Corona-bedingte Aufwendungen (rd. 3,0 Mio. Euro) und aus dem Landesprogramm „Aufholen nach Corona“ (rd. 1,6 Mio. Euro),
- Zuweisungen vom Land aus dem Stärkungspakt NRW „Gemeinsam gegen Armut“ (rd. 7,8 Mio. Euro).

Zeile 3: Sonstige Transfererträge: rd. -1,0 Mio. Euro

- Mindererträge aufgrund der neu eingeführten Karenzzeiten und Bagatellgrenzen beim JobCenter (rd. -1,9 Mio. Euro),
- Mehrerträge bei den Elternbeiträgen in den Kitas (rd. 0,9 Mio. Euro).

Zeile 4: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte: rd. -1,9 Mio. Euro

- Mindererträge bei den Verwaltungsgebühren (rd. -0,4 Mio. Euro), bei den Benutzungsgebühren (rd. -1,7 Mio. Euro) und bei den Friedhofsgebühren (rd. -0,1 Mio. Euro),
- Mehrerträge durch Auflösung der Sonderposten (rd. 0,3 Mio. Euro).

Zeile 5: Privatrechtliche Leistungsentgelte: rd. - 1,0 Mio. Euro

- Mindererträge bei Elternentgelten für Mittagessen, da eine geplante Preiserhöhung noch aussteht (rd. -1,2 Mio. Euro),
- Mehrerträge aus Eintrittsgeldern für den Grugapark (rd. 0,2 Mio. Euro).

Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen: rd. 4,1 Mio. Euro

- Mehrerträge aus Kostenerstattungen für Leistungen nach dem SGB II, kommunal- und bundesfinanziert (rd. 11,2 Mio. Euro),
- Mehrerträge aus Erstattungen für den Unterhaltsvorschuss aufgrund steigender Fallzahlen (rd. 1,7 Mio. Euro),
- Mindererträge aufgrund der Anpassung an Transferaufwendungen in Bereichen Hilfe zur Pflege und Grundsicherung (rd. -6,6 Mio. Euro),
- Mindererträge aus Kostenerstattungen vom Land an die Zentrale Ausländerbehörde korrespondierend mit geringeren Personalaufwendungen (rd. -2,1 Mio. Euro).

Zeile 7: Sonstige ordentliche Erträge: rd. 16,9 Mio. Euro

- Rückzahlungen von den Beteiligungsunternehmen (rd. 10,6 Mio. Euro), aus der Endabrechnung der Betriebsführungsentgelte 2022 der Stadtwerke Essen AG (rd. 6,6 Mio. Euro) sowie von verschiedenen Trägern aufgrund nicht verausgabter Kostenerstattungen (rd. 3,0 Mio. Euro),
- Mehrerträge aus Rückstellungsaufösungen von Instandhaltungen (rd. 6,1 Mio. Euro),
- Mehrerträge aus Steuererstattungen (rd. 2,7 Mio. Euro), bei Bußgeldern aus der Verkehrsüberwachung (rd. 1,7 Mio. Euro) und aus Verzinsung der Gewerbesteuer (rd. 1,5 Mio. Euro),

- Mindererträge durch zurückgestellte Rückstellungsauflösung zum GFG 2022 (rd. -16,1 Mio. Euro).

Die **ordentlichen Aufwendungen** werden mit rd. **3.701,9 Mio. Euro** prognostiziert und übersteigen um rd. 149,2 Mio. Euro den fortgeschriebenen Ansatz. Nachstehend die wesentlichen Veränderungen:

Zeile 11 und 12: Personal- und Versorgungsaufwendungen: rd. 9,4 Mio. Euro

- Zusätzlichen Belastungen aus dem Tarifabschluss vom 22. April 2023 i. H. v. rd. 15,6 Mio. Euro stehen gegenläufige positive Effekte aus verzögerter Umsetzung von geplanten Personalmaßnahmen in den Geschäftsbereichen gegenüber.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: rd. 54,5 Mio. Euro

- Mehraufwendungen bei der Beschaffung der EDV-technischen Schulausstattung im Rahmen des Digitalpakts (rd. 29,8 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen aufgrund von Preissteigerung bei Strom, Gas und Treibstoffen (rd. 7,8 Mio. Euro),
- Höhere Aufwendungen für die Instandhaltung der Grundstücke und Gebäude (rd. 6,0 Mio. Euro),
- Höhere Zuschüsse an die Träger zur Förderung junger Menschen und Familien (rd. 3,7 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für Sicherheitsdienstleistungen in den Geflüchteten-/Asylunterkünften (rd. 3,7 Mio. Euro) und für das refinanzierte Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ (rd. 3,1 Mio. Euro).

Zeile 14: Bilanzielle Abschreibungen: rd. 5,5 Mio. Euro

- Höhere Abschreibungen für Grundstückeinrichtungen, Gebäude, Infrastruktur, Maschinen, Fahrzeuge und Finanzanlagen.

Zeile 15: Transferaufwendungen: rd. 56,5 Mio. Euro

- Mehraufwendungen aus der Weiterleitung der Landeszuschüsse für Kindertageseinrichtungen der freien Träger und Kindertagespflege (rd. 15,4 Mio. Euro),
- Höhere Leistungen nach dem SGB II, kommunal- und bundesfinanziert (rd. 12,4 Mio. Euro),
- Steigende Transferleistungen für Asylbewerber und Geflüchtete (rd. 12,1 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für die Produktgruppe „Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien“ (rd. 8,2 Mio. Euro),
- Nicht etatisierte haushaltsneutrale Aufwendungen aus der Weitergabe der Stärkungsmittel „Gemeinsam gegen Armut“ (rd. 7,8 Mio. Euro),
- Höhere Eingliederungshilfen nach SGB IX (rd. 6,8 Mio. Euro) bei gegenläufiger Entwicklung der Transferaufwendungen für Hilfe zur Pflege aufgrund der Pflegereform (rd. -8,3 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen an Unterhaltsvorschuss (2,3 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für die Aufgabenübernahme „Offene Ganztagschule“ (rd. 2,2 Mio. Euro).

Zeile 16: Sonstige ordentliche Aufwendungen: rd. 23,3 Mio. Euro

- Mehraufwendungen aus der Endabrechnung der Stadtwerke Essen für das Jahr 2022 (rd. 7,3 Mio. Euro) im Gebührenhaushalt „Stadtentwässerung“,
- Mehraufwendungen beim Rettungsdienst (rd. 6,6 Mio. Euro),
- Mehrbedarfe für die Anmietung der Geflüchteten-/Asylunterkünfte (rd. 4,6 Mio. Euro),
- Corona-bedingte Mehraufwendungen (rd. 3,7 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für die IT-Infrastruktur „Backbone Trasse“ (rd. 0,7 Mio. Euro).

2.2 Finanzergebnis

Für das **Finanzergebnis** wird eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. **11,5 Mio. Euro** prognostiziert, als Saldo aus Mehrerträgen i. H. v. rd. 8,2 Mio. Euro und Minderaufwendungen i. H. v. rd. 3,3 Mio. Euro. Die

Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus der Vereinnahmung der RWE-Dividende (vgl. Ziffer 2.4) und geringeren Zinsaufwendungen für Investitionskredite.

2.3 Entwicklung der COVID-19- und Ukraine-Krieg-bedingten Haushaltsbelastungen

Im Haushaltsjahr 2023 besteht letztmalig die gesetzliche Pflicht, die Erträge und Aufwendungen, die durch die COVID-19-Pandemie sowie den Ukraine-Krieg bedingt sind, zu isolieren.

Corona-bedingte Haushaltsbelastungen

Aktuell werden Corona-bedingte Erträge i. H. v. rd. 10,6 Mio. Euro prognostiziert, insbesondere:

- Zuwendungen vom Land für die Alltagshelfer in Tageseinrichtungen i. H. v. rd. 3,5 Mio. Euro,
- Zuwendungen vom Land zur Abmilderung von Pandemiefolgen aus dem Jahr 2022 i. H. v. rd. 3,0 Mio. Euro,
- Erstattungen vom Land für das Programm „Aufholen nach Corona“ i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro,
- Rückzahlungen durch verschiedene Träger für nicht verausgabte Beträge i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro.

Die Prognose der Corona-bedingten Aufwendungen liegt aktuell bei rd. 7,0 Mio. Euro und resultiert im Wesentlichen aus:

- Verwendung der Pauschale für das Programm „Aufholen nach Corona“ im Schulbereich i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro und weitere Förderungen an Tageseinrichtungen und Schulen i. H. v. rd. 1,4 Mio. Euro,
- Leistungen an Dritte (Kita-Träger) i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro,
- Mehraufwendungen für den Rettungsdienst und den Krankentransport i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro.

Im Saldo liegt ein positives Corona-bedingtes Ergebnis i. H. v. rd. 3,5 Mio. Euro vor.

Ukraine-Krieg-bedingte Haushaltsbelastungen

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine wurden bisher insgesamt 8.876 Personen als Schutzsuchende bei der Stadt Essen registriert. Sie sind wie folgt untergebracht:

Unterbringung Ukraine-Schutzsuchende	Gesamt
Unterbringung in städtischen Einrichtungen	2.628
Unterbringung bei Freunden, Bekannten etc.	5.105
Unterbringung in Landeseinrichtungen	852
Unterbringung in Hotels	193
unbekannte Unterbringung	98
Gesamtanzahl der in Essen erfassten Personen	8.876

Es werden zum aktuellen Prognosestichtag Aufwendungen i. H. v. rd. 80,7 Mio. Euro für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine prognostiziert.

Diesen stehen Erträge i. H. v. rd. 64,5 Mio. Euro gegenüber, welche u. a. Mittel des vom Land NRW beschlossenen Sondervermögens zur „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ („Sondervermögen Krisenbewältigung“) i. H. v. rd. 10,7 Mio. Euro beinhalten. Außerdem wurden Bundesmittel i. H. v. rd. 7,8 Mio. Euro aus dem Jahr 2022 in das Jahr 2023 übertragen.

Im Saldo ergeben sich aktuell **Ukraine-Krieg-bedingte Haushaltsbelastungen** i. H. v. rd. **-16,2 Mio. Euro**.

Zusammengefasst ergeben sich isolierungspflichtige **Corona- und Ukraine-Krieg-bedingte Haushaltsbelastungen** i. H. v. rd. **-12,6 Mio. Euro**, die im Jahresabschluss als Bilanzierungshilfe zu aktivieren sind.

2.4 Beteiligungsergebnis

Mit einer Prognose i. H. v. rd. -93,5 Mio. Euro wird beim Beteiligungsergebnis eine saldierte Verbesserung um rd. 22,5 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz i. H. v. rd. -116,0 Mio. Euro erwartet.

in Euro	Haushaltsansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
Ergebnis der Gesellschaften mit städtischem Zuschussbedarf/Verlustrausgleich	142.079.764	128.807.449	13.272.315
Ergebnis der Gesellschaften mit Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt	26.106.461	35.301.400	9.194.939
Haushaltsentlastung (+)			
Haushaltsbelastung (-)	-115.973.303	-93.506.049	22.467.254

Bei den Verlustgesellschaften/Gesellschaften mit Zuschussbedarfen wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 13,3 Mio. Euro prognostiziert, die im Wesentlichen auf die positive Entwicklung bei der Messe Essen (ME) zurückzuführen ist. Ergebnisverbessernd wirken sich zudem die erhöhten Gewinnausschüttungen der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (RGE) (rd. 0,8 Mio. Euro) sowie der Entsorgungsbetriebe Essen GmbH (EBE) (rd. 0,1 Mio. Euro) aus. Zudem ist in der aktuellen Prognose eine nicht geplante Gewinnausschüttung des Essener Systemhauses (ESH) i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro enthalten.

Von einem erhöhten Zuschussbedarf wird bei der Essener Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH (EABG-Gruppe) i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro aufgrund der gestiegenen Personal- und Materialaufwendungen ausgegangen.

Auch die Essen Marketing GmbH (EMG) weist einen erhöhten Zuschussbedarf i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro aus (Tarifsteigerungen, Durchführung der Deutschland Tour und geringere Erlöse aus dem Weihnachtsgeschäft).

Für die Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr GmbH (FMR) wird ein höherer Zuschussbedarf i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro prognostiziert (Ergebnisbelastung durch energieintensiven Bad-, Sole- und Saunabetrieb des Standortes Nienhausen).

Bei den Gesellschaften mit Gewinnausschüttungen wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 9,2 Mio. Euro erwartet, die im Wesentlichen auf die Dividendenzahlung der RWE AG aus der beendeten Wertpapierleihe zwischen der Ruhrbahn und der Stadt Essen zurückzuführen ist. Die EVV rechnet mit Ergebnisverbesserungen aus einem Steuerstreitverfahren, so dass der EVV-Zielwert trotz höherer Verlustleistung an die Ruhrbahn voraussichtlich eingehalten wird.

Darüber hinaus weist die aktuelle Prognose für die Sparkasse Essen eine um 2,0 Mio. Euro geringere Ausschüttung auf.

Die Beteiligungsgesellschaften gehen aktuell von keinen Corona-bedingten Belastungen aus. Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind noch nicht abschätzbar (z. B. im Zusammenhang mit der Energiepreisbremse).

Detaillierte Prognoseinformationen sind dem Quartalsbericht II/2023 der Beteiligungsunternehmen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen zu entnehmen (DS 1056/2023/2).

3. Ergebnisprognosen der Geschäftsbereiche

3.1 Geschäftsbereich OB [Oberbürgermeister]

Bezeichnung		Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.764.838	10.764.838	11.914.783	1.149.944	10,68
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.202	5.202	5.202	0	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	58.550	58.550	58.550	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.016.750	1.016.750	1.016.750	0	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.094.939	1.094.939	11.648.536	10.553.597	963,85
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	12.940.279	12.940.279	24.643.821	11.703.542	90,44
11	- Personalaufwendungen	14.602.333	14.602.333	17.656.976	3.054.643	20,92
12	- Versorgungsaufwendungen	5.077.704	5.077.704	5.151.038	73.335	1,44
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.117.447	5.067.180	5.067.054	-126	0,00
14	- Bilanzielle Abschreibungen	401.770	401.770	412.232	10.463	2,60
15	- Transferaufwendungen	34.919.801	34.919.801	30.783.801	-4.136.000	-11,84
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.315.558	8.315.558	8.316.347	789	0,01
17	= Ordentliche Aufwendungen	67.434.612	68.384.345	67.387.449	-996.896	-1,46
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-54.494.333	-55.444.066	-42.743.628	12.700.438	-22,91
19	+ Finanzerträge	4.000.000	4.000.000	2.000.000	-2.000.000	-50,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	4.000.000	4.000.000	2.000.000	-2.000.000	-50,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-50.494.333	-51.444.066	-40.743.628	10.700.438	-20,80
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-50.494.333	-51.444.066	-40.743.628	10.700.438	-20,80
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	370.515	370.515	370.515	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	2.693.606	2.693.606	2.693.606	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-52.817.425	-53.767.157	-43.066.719	10.700.438	-19,90

Der Geschäftsbereich OB prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 10,7 Mio. Euro. Diese ist im Wesentlichen auf die Rückzahlung der Messe Essen an die Stadt Essen aufgrund des EU-beihilferechtlichen Überkompensationsverbots i. H. v. rd. 10,3 Mio. Euro zurückzuführen.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0091	Geschäftsbereichsbüro GBOB	-18.095.131	-4.471.931	+13.623.200
FB01-02	Stabsst. für Bürgerbeteiligung u. Ehrenamt	-2.014.843	-2.079.980	-65.137
FB01-04	Internationale Beziehungen	-288.054	-601.527	-313.473
FB01-09	Kommunales Integrationszentrum	-7.046.695	-7.229.244	-182.548
FB01-11	Gleichstellungsstelle	-687.421	-749.760	-62.339
FB01-15	Presse- und Kommunikationsamt	-2.078.990	-3.138.217	-1.059.228
FB12	Amt f. Statistik, Stadtforschung u. Wahlen	-2.020.261	-2.697.363	-677.102
FB14	Rechnungsprüfungsamt	-4.164.199	-4.245.624	-81.425
FB15	Amt f. Ratsangelegenheiten u. Repräsent.	-15.048.472	-15.529.983	-481.511
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-51.444.066	-40.743.628	+10.700.438

Die weiteren prognostizierten Ergebnisveränderungen der Fachbereiche sind im Wesentlichen auf Veränderungen der Personalaufwendungen zurückzuführen. Für den Fachbereich 01-15 (Presse- und Kommunikationsamt) wird gegenüber der Planung ein Mehraufwand i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro und für den Fachbereich 12 (Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen) i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro prognostiziert. Der Fachbereich 01-04 (Internationale Beziehungen) verzeichnet Personalmehraufwendungen i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro und Fachbereich 01-09 (Kommunales Integrationszentrum) i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro. Der Fachbereich 15 (Amt für Ratsangelegenheiten und Repräsentation) weist ebenfalls eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro aufgrund höherer Personalaufwendungen aus. In den übrigen Fachbereichen gibt es lediglich geringfügige Veränderungen der Planzahlen.

Geschäftsbereichsbüro (FB0091):

Die Verbesserung im Geschäftsbereichsbüro OB i. H. v. rd. 13,6 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus der Revitalisierung des Messegewerks (Rückzahlung der Überkompensation für 2022 i. H. v. rd. 10,3 Mio. Euro und voraussichtlich geringerer Zuschussbedarf für 2023).

Der zeitliche Versatz einer Fördermaßnahme im Breitbandausbau führt in der Budgeteinheit zu einer weiteren Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro. Aufgrund der Verzögerung der Prüfungen durch den Fördermittelgeber ist mit einer Erstattung von Aufwendungen aus dem Vorjahr zu rechnen.

Gegenläufig wird die etatisierte Gewinnausschüttung der Sparkasse Essen i. H. v. rd. 4,0 Mio. Euro voraussichtlich um 2,0 Mio. Euro unterschritten.

Für die Essen Marketing GmbH (EMG) wird eine um rd. 0,7 Mio. Euro erhöhte Zuschussleistung prognostiziert (Tarifsteigerungen, Deutschland Tour und Einschränkungen beim Weihnachtsmarkt durch Bauarbeiten auf dem Willy-Brandt-Platz).

Ergebnisverbessernd wirken bei der EMG und der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (EWG) Erträge aus Überkompensation des Vorjahres i. H. v. rd. 0,1 und rd. 0,2 Mio. Euro.

3.2 Geschäftsbereich 1 [Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.126	59.126	98.691	39.565	66,92
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.561	17.561	17.561	0	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	135.894	135.894	135.070	-824	-0,61
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17.961.272	17.961.272	17.970.697	9.426	0,05
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.611.672	2.611.672	3.505.791	894.119	34,24
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	382.000	382.000	382.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	21.167.526	21.167.526	22.109.811	942.285	4,45
11	- Personalaufwendungen	74.829.099	74.829.099	57.838.503	-16.990.596	-22,71
12	- Versorgungsaufwendungen	12.576.297	12.576.297	14.104.566	1.528.269	12,15
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.447.621	24.447.621	25.536.719	1.089.098	4,45
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.368.202	1.368.202	1.540.518	172.317	12,59
15	- Transferaufwendungen	430.000	430.000	830.000	400.000	93,02
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.178.111	10.178.111	11.025.770	847.659	8,33
17	= Ordentliche Aufwendungen	123.829.329	123.829.329	110.876.076	-12.953.253	-10,46
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-102.661.803	-102.661.803	-88.766.265	13.895.538	-13,54
19	+ Finanzerträge	1.472.500	1.472.500	3.266.018	1.793.518	121,80
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-27.500	-27.500	1.766.018	1.793.518	-6.521,88
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-102.689.303	-102.689.303	-87.000.247	15.689.056	-15,28
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-102.689.303	-102.689.303	-87.000.247	15.689.056	-15,28
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.072.502	2.072.502	2.072.502	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	2.413.678	2.413.678	2.413.678	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-103.030.478	-103.030.478	-87.341.422	15.689.056	-15,23

Der Geschäftsbereich 1 prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 15,7 Mio. Euro, welche insbesondere auf eine positive Abweichung bei den Personalaufwendungen i. H. v. rd. 17,0 Mio. Euro zurückzuführen ist. Diese Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus der Verrechnung der Personalaufwendungen für überplanmäßige Einsätze mit den Fachbereichsbudgets. Hieraus ergeben sich keine Verbesserungen für den gesamtstädtischen Haushalt, da es sich um haushaltsneutrale Umschichtungen handelt (siehe nachfolgende Erläuterungen des Fachbereichs Organisation und Personalwirtschaft).

Ergebnisverbessernd wirken sich zudem die erhöhten Gewinnausschüttungen der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (rd. 0,8 Mio. Euro) sowie des Essener Systemhauses (rd. 1,2 Mio. Euro) aus. Die Veränderungen ergeben sich überwiegend bei den Finanzerträgen.

Gegenläufig entwickeln sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Hier bestehen Mehrbedarfe im Bereich „Reinigung“ i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro aufgrund von Anpassungen des Tarifvertrags und Erhöhung des Mindestlohnes sowie i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro aufgrund der zeitlichen Verschiebung der Digitalisierung von Bestandsakten im Rahmen des Projekts „E-Personalakte“ beim Personalservice.

Bei den Transferaufwendungen wird ein Mehrbedarf i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro für die Zuschusszahlung zum Deutschlandticket im Rahmen der Firmenticketvereinbarung für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab dem 01. Mai 2023 kalkuliert.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0094	Geschäftsbereichsbüro GB 1	-2.681.604	-1.412.989	+1.268.615
FB01-05	Arbeitssicherheit Essen (ASE)	-563.816	-464.570	+99.246
FB01-08	Institut Gesundheit	-2.167.617	-2.380.471	-212.854
FB01-12	Digitale Verwaltung	-3.647.602	-3.454.981	+192.621
FB09-01	Personalrat	-1.703.853	-2.051.876	-348.023
FB10	Organisation und Personalwirtschaft	-59.684.744	-46.630.224	+13.054.520
FB11	Amt für Zentralen Service	-32.240.067	-30.605.135	+1.634.932
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-102.689.303	-87.000.247	+15.689.056

Die Abweichungen bei den Fachbereichen Arbeitssicherheit Essen (FB 01-05), Institut Gesundheit (FB 01-08), Digitale Verwaltung (FB 01-12) und Personalrat (FB 09-01) i. H. v. saldiert rd. -0,3 Mio. Euro sind hauptsächlich auf Veränderungen bei den Personalaufwendungen zurückzuführen. Den tarifbedingten Verschlechterungen stehen Verbesserungen bei den Fachbereichen 01-12 und 01-05 durch Stellenvakanz gegenüber.

Geschäftsbereichsbüro GB 1 (FB 0094):

Das Ergebnis wird maßgeblich durch die Beteiligungsgesellschaften beeinflusst. Einerseits ergeben sich Mehraufwendungen aus der konsumtiven Verbuchung zunächst investiv geplanter Auszahlungen des Essener Systemhauses für die Backbone Trasse i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro. Ab 2024 sind die jährlichen Teilbeträge in der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Andererseits führen die erhöhten Gewinnausschüttungen des Essener Systemhauses (rd. 1,2 Mio. Euro) sowie der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (rd. 0,8 Mio. Euro) zu einer Verbesserung.

Organisation und Personalwirtschaft (FB 10):

Die erwartete Verbesserung i. H. v. saldiert rd. 13,1 Mio. Euro ergibt sich im Wesentlichen aus Personalminderaufwendungen im sog. Zentralbudget. Hintergrund sind die im Planansatz des Fachbereichs 10 für organisatorische Maßnahmen zentral angesetzten Personalaufwendungen, die im Jahresverlauf – nach verwaltungsseitiger Umsetzung der konkreten organisatorischen Maßnahmen – den Produktgruppen der betroffenen Fachbereiche zugeordnet werden. Gesamtstädtisch handelt es sich daher um einen haushaltsneutralen Vorgang, den Minderaufwendungen im Fachbereich 10 stehen Mehraufwendungen in den entsprechenden Fachbereichen gegenüber.

Zudem wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro bei den Versorgungsaufwendungen erwartet, der Mehrerträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen und Minderaufwendungen insbesondere für Fortbildungen i. H. v. insgesamt rd. 0,7 Mio. Euro gegenüberstehen.

Amt für Zentralen Service (FB 11):

Das Amt für Zentralen Service prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf geringere Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen ist. Diese liegen rd. 3,2 Mio. Euro unter Plan, da für die Reinigungsleistungen vermehrt die RGE Servicegesellschaft Essen mbH beauftragt wird.

Rückläufigen Personalaufwendungen stehen Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro für Sach- und Dienstleistungen gegenüber. Für die Reinigungsleistungen der RGE Servicegesellschaft Essen mbH entsteht voraussichtlich ein Mehrbedarf i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro (Tarifabschluss 2022 sowie Erhöhung des Mindestlohns zum 01. Oktober 2022). Die weitere Entwicklung, insbesondere mit Blick auf den Abschluss des neuen Reinigungsvertrages, bleibt abzuwarten.

Ebenfalls ergeben sich Verschlechterungen im Personalservice i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro für die Digitalisie-

rung von Bestandsakten im Rahmen des Projekts „E-Personalakte“. Durch zeitliche Verzögerungen aufgrund technischer Probleme in der Testphase konnten die Arbeiten erst im September 2022 aufgenommen werden, sodass ein Teil der Leistungserbringung im Jahr 2023 erfolgt.

Darüber hinaus ergibt sich ein Mehrbedarf i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro bei den Transferaufwendungen im Bereich „Generelle Angelegenheiten“, da ab dem 01. Mai 2023 das Deutschlandticket für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezuschusst bzw. für die Auszubildenden kostenlos angeboten wird. Aufgrund der aktuellen Nachfrage konnte die Prognose leicht nach unten korrigiert werden.

3.3 Geschäftsbereich 2 [Finanzen]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.012.728.000	1.012.728.000	1.060.205.923	47.477.923	4,69
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	793.351.701	793.351.701	794.891.505	1.539.804	0,19
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	261.677.839	261.677.839	257.467.645	-4.210.195	-1,61
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	606.980	606.980	606.980	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.923.399	2.923.399	2.925.584	2.185	0,07
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	70.940.538	70.940.538	65.216.511	-5.724.026	-8,07
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	2.142.228.456	2.142.228.456	2.181.314.148	39.085.691	1,82
11	- Personalaufwendungen	17.824.126	17.824.126	18.119.731	295.605	1,66
12	- Versorgungsaufwendungen	5.965.973	5.965.973	5.651.803	-314.171	-5,27
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	233.757.822	233.757.822	229.042.530	-4.715.292	-2,02
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.556	3.556	4.403	847	23,81
15	- Transferaufwendungen	414.677.363	414.677.363	412.962.435	-1.714.928	-0,41
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.737.330	14.737.330	22.392.644	7.655.314	51,95
17	= Ordentliche Aufwendungen	686.966.170	686.966.170	688.173.547	1.207.377	0,18
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	1.455.262.286	1.455.262.286	1.493.140.601	37.878.314	2,60
19	+ Finanzerträge	16.778.838	16.778.838	25.173.150	8.394.312	50,03
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	60.675.000	60.675.000	57.371.918	-3.303.082	-5,44
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-43.896.162	-43.896.162	-32.198.768	11.697.394	-26,65
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	1.411.366.124	1.411.366.124	1.460.941.833	49.575.708	3,51
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	1.411.366.124	1.411.366.124	1.460.941.833	49.575.708	3,51
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	46.925.311	46.925.311	46.925.311	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	9.726.156	9.726.156	9.726.156	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	1.448.565.279	1.448.565.279	1.498.140.987	49.575.708	3,42

Der Geschäftsbereich 2 prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 49,6 Mio. Euro. Bei den ordentlichen Erträgen werden Mehrerträge i. H. v. rd. 39,1 Mio. Euro erwartet, bestehend insbesondere

- in der Zeile „Steuern und ähnliche Abgaben“ (rd. 47,5 Mio. Euro) aus höheren Gewerbesteuererträgen und einem höheren Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer bei gleichzeitig rückläufigen Erträgen beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer,
- in der Zeile „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ aus Mehrerträgen i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro,

- in der Zeile „Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ aus Mindererträgen i. H. v. rd. 4,2 Mio. Euro, insbesondere bei den Abwassergebühren,
- in der Zeile „Sonstige ordentliche Erträge“ aus Mindererträgen i. H. v. rd. 5,7 Mio. Euro.

Darüber hinaus werden bei den ordentlichen Aufwendungen Verbesserungen i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro prognostiziert, bestehend insbesondere

- in der Zeile „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ aus Minderaufwendungen i. H. v. rd. 4,7 Mio. Euro aufgrund einer abweichenden Kalkulationsgrundlage der Abwassergebühren,
- in der Zeile „Transferaufwendungen“ aus Minderaufwendungen i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro, u. a. aus der Herabsetzung des Umlagesatzes des Landschaftsverbands Rheinland (LVR),
- in der Zeile „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ i. H. v. rd. 7,7 Mio. Euro u. a. aus Mehraufwendungen für die Zuführung von Kostenüberdeckungen zum Sonderposten für Gebührenausschläge in Folgejahren.

Das Finanzergebnis i. H. v. rd. 11,7 Mio. Euro wird durch die nicht geplante Vereinnahmung der RWE-Dividende aus der Wertpapierleihe mit der Ruhrbahn bestimmt (vgl. Ziffer 2.4).

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0093	Geschäftsbereichsbüro GB2	-32.114.604	-22.780.799	+9.333.804
FB02-01	Entsorgungswirt./Stadtint. Steuerberat.	-36.123.854	-36.448.592	-324.738
FB02-02	Beteiligungsmanagement	-1.219.233	-1.579.955	-360.722
FB20	Stadtkämmerei	-3.553.301	-3.225.899	+327.402
FB20-DB	Stadtkämmerei Deckungsbudget	1.506.852.929	1.547.761.423	+40.908.494
FB21	Finanzbuchhaltung u. Stadtsteueramt	-22.475.813	-22.784.344	-308.531
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		1.411.366.124	1.460.941.833	+49.575.708

Geschäftsbereichsbüro GB2 (FB0093):

Die Verbesserung im Geschäftsbereichsbüro 2 i. H. v. rd. 9,3 Mio. Euro ergibt sich durch die Rückführung der RWE-Wertpapierleihe von der Ruhrbahn an die Stadt Essen (vgl. Ziffer 2.4).

Die Ergebnisveränderungen in den Fachbereichen 02-01 und 21 sind auf die tarifbedingten Personalmehraufwendungen zurückzuführen.

Beteiligungsmanagement (FB 02-02):

Die Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus der organisatorischen Umschichtung des Projekts „Connected.Essen“ (rd. 0,5 Mio. Euro). Die Projektmittel wurden ursprünglich im Geschäftsbereich 7 etatisiert, sodass hier entsprechend eine Verbesserung i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro ausgewiesen wird. Das Projekt „Connected.Essen“ umfasst die Smart-City-Initiative der Stadt Essen, um Themen der Digitalisierung im sozialen, ökologischen und ökonomischen Sinne nachhaltig umzusetzen.

Stadtkämmerei (FB 20):

Die verbesserte Budgetprognose i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro ist auf geringere Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen.

Deckungsbudget (FB 20):

Das Deckungsbudget bildet die Finanzmittel der allgemeinen Finanzwirtschaft ab, die zur Finanzierung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. Die prognostizierte Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 40,9 Mio. Euro ergibt sich aus Verbesserungen bei

- ordentlichen Erträgen i. H. v. rd. 34,3 Mio. Euro,
- ordentlichen Aufwendungen i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro sowie
- Finanzergebnis i. H. v. rd. 4,9 Mio. Euro.

Bei den ordentlichen Erträgen werden steigende Steuern und ähnlichen Abgaben i. H. v. rd. 47,5 Mio. Euro prognostiziert. Durch eine robuste Entwicklung werden Mehrerträge erwartet bei:

- Gewerbesteuer i. H. v. rd. 42,4 Mio. Euro,
- Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer i. H. v. rd. 10,6 Mio. Euro und
- Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben i. H. v. rd. 1,3 Mio. Euro.

Gegenläufig entwickelt sich die Ertragserwartung bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (Mindererträge i. H. v. rd. 7,5 Mio. Euro). Zusätzliche saldierte Verbesserungen werden bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro prognostiziert.

Der Planansatz bei den ordentlichen Aufwendungen wird u. a. durch Veränderungen bei den Transferaufwendungen unterschritten. Hier können die höhere Gewerbesteuer- sowie Krankenhausumlage (insgesamt rd. 4,3 Mio. Euro) durch eine niedrigere Verbandsumlage an den LVR kompensiert werden (rd. 6,0 Mio. Euro), die aus der Herabsetzung des Umlagesatzes um rd. 0,35 Prozentpunkte resultiert.

Die prognostizierte Verbesserung des Finanzergebnisses i. H. v. rd. 4,9 Mio. Euro entfällt mit rd. 3,5 Mio. Euro auf den Zinsaufwand für Investitionskredite und mit rd. 0,2 Mio. Euro auf den Zinsaufwand für Liquiditätskredite (vgl. „Quartalsbericht II/2023 zum Zins- und Schuldenmanagement“, DS 1015/2023/2). Darüber hinaus führt neben den höheren Marktzinsen die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens zu einem Anstieg der Zinserträge.

3.4 Geschäftsbereich 3 [Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.032.320	3.032.320	2.694.893	-337.427	-11,13
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	69.935.988	69.935.988	70.114.826	178.838	0,26
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.179.450	1.179.450	1.179.450	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.779.931	15.779.931	13.648.285	-2.131.647	-13,51
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	23.716.827	23.716.827	25.441.817	1.724.990	7,27
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	6.045	6.045	6.045	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	113.650.560	113.650.560	113.085.315	-565.246	-0,50
11	- Personalaufwendungen	119.888.032	119.888.032	127.808.719	7.920.688	6,61
12	- Versorgungsaufwendungen	51.323.252	51.323.252	52.882.162	1.558.909	3,04
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.898.239	13.898.239	16.969.481	3.071.242	22,10
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.162.839	5.162.839	5.630.524	467.685	9,06
15	- Transferaufwendungen	676.400	676.400	976.400	300.000	44,35
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.243.094	37.243.094	43.499.265	6.256.171	16,80
17	= Ordentliche Aufwendungen	228.191.857	228.191.857	247.766.551	19.574.694	8,58
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-114.541.297	-114.541.297	-134.681.236	-20.139.940	17,58
19	+ Finanzerträge	1.500	1.500	1.500	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	1.500	1.500	1.500	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-114.539.797	-114.539.797	-134.679.736	-20.139.940	17,58
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-114.539.797	-114.539.797	-134.679.736	-20.139.940	17,58
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	387.386	387.386	387.386	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	7.059.152	7.059.152	7.059.152	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-121.211.563	-121.211.563	-141.351.503	-20.139.940	16,62

Der Geschäftsbereich 3 prognostiziert eine negative Abweichung vom fortgeschriebenen Planansatz i. H. v. rd. 20,1 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf Verschlechterungen bei den ordentlichen Aufwendungen i. H. v. insgesamt rd. 19,6 Mio. Euro zurückzuführen ist. Hierzu führen Personalzuwächse u. a. durch neu geschaffene überplanmäßige Einsätze, organisatorische Veränderungen in den Fachbereichen sowie der Tarifabschluss zu höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 9,5 Mio. Euro. Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen werden insbesondere im Bereich der Feuerwehr, beim Rettungsdienst sowie im Bereich der Ausländerangelegenheiten erwartet.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0092	Geschäftsbereichsbüro GB3	-1.965.223	-2.002.019	-36.795
FB30	Rechtsamt	-4.514.238	-4.513.031	+1.206
FB32	Ordnungsamt	-7.673.398	-7.033.317	+640.081
FB33	Einwohneramt	-13.834.733	-15.081.273	-1.246.540
FB37	Feuerwehr	-77.728.597	-94.576.401	-16.847.804
FB38	ZAB, Staatsangehörigk.- u. Ausländerangel.	-8.823.608	-11.473.696	-2.650.088
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-114.539.797	-134.679.736	-20.139.940

Ordnungsamt (FB 32):

Das Ordnungsamt prognostiziert eine Verbesserung der laufenden Verwaltungstätigkeit i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro. Hierin sind saldierte Personalmehraufwendungen i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro berücksichtigt. In der Produktgruppe „Verkehrsüberwachung“ werden Mehrerträge bei den Buß- und Verwarngeldern aufgrund der Fallzahlenentwicklung i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro erwartet. Bereits im Jahr 2022 konnten in der Verkehrsüberwachung Mehrerträge aus Buß- und Verwarngeldern erzielt werden. Diese Entwicklung scheint sich nach Beendigung der Corona-Pandemie auch im Jahr 2023 fortzusetzen und damit zu verstetigen.

Des Weiteren wird in den Produktgruppen „Verkehrsüberwachung“ und „Parkraumbewirtschaftung“ nach aktueller Hochrechnung bzw. unter Berücksichtigung des Vorjahresergebnisses mit Minderaufwendungen i. H. v. jeweils 0,1 Mio. Euro gerechnet.

Ergebnisverschlechternd wirkt sich im Bereich der „Allgemeinen Sicherheit und Ordnung“ die Zuschusserhöhung an das Essener Tierheim um rd. 0,3 Mio. Euro sowie die Erweiterung der Grillzonen im Essener Stadtgebiet aus. Hieraus resultieren Aufwendungen für die bisher nicht geplante Überwachung der Grillzonen mit Unterstützung der RGE i. H. v. voraussichtlich rd. 0,4 Mio. Euro (vgl. DS 0785/2023/6).

Einwohneramt (FB 33):

Die negative Abweichung i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro ergibt sich im Wesentlichen aus der Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen, die auf Personalzuwächse insbesondere bei der KFZ-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde zurückzuführen ist.

Feuerwehr (FB 37):

Der Fachbereich 37 prognostiziert eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 16,8 Mio. Euro, wovon rd. 7,2 Mio. Euro auf höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen entfallen. Diese resultiert mit rd. 7,1 Mio. Euro aus der Einrichtung zusätzlicher Stellen und Beförderungen im Rahmen der Umorganisation der Feuerwehr.

Im Bereich der Gefahrenabwehr resultieren aus der Umsetzung der Bedarfspläne neben den gestiegenen Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 2,8 Mio. Euro auch zusätzliche Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro. Diese entfallen insbesondere auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung (rd. 0,8 Mio. Euro), die Bewirtschaftung von Gebäuden (rd. 0,4 Mio. Euro) und die Unterhaltung von Fahrzeugen (rd. 0,5 Mio. Euro). Außerdem wirken die allgemeinen Preissteigerungen aufwandserhöhend.

Im gebührenfinanzierten Teilplan „Rettungsdienst“ werden steigende Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 4,5 Mio. Euro sowie eine weitere saldierte Verschlechterung i. H. v. rd. 7,3 Mio. Euro erwartet, die sich aus Mindererträgen i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro und Mehraufwendungen i. H. v. rd. 6,8 Mio. Euro zusammensetzt.

Im Wesentlichen wirken sich die Fallzahlsteigerungen sowie inflationsbedingte Kostensteigerungen für Transporte negativ auf das Ergebnis aus. Die Transportleistungen werden zunehmend an externe Dienst-

leister wie Hilfsorganisationen und Krankenhäuser vergeben und führen nach aktueller Prognose zu einer Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 6,6 Mio. Euro.

Durch inflationsbedingte Preissteigerungen sind die Preise für Ersatzteile stark gestiegen, sodass die Prognosedaten für die Haltung von Fahrzeugen um rd. 0,7 Mio. Euro über dem Planansatz liegen.

Aufwandsmindernd wirkt sich hingegen mit rd. 1,5 Mio. Euro die zeitliche Verzögerung bei der Beschaffung von Dienstkleidung aus.

Auf der Ertragsseite werden geringere Rettungsdienstgebühren i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro prognostiziert.

Der Bereich Rettungsdienst ist grundsätzlich durch Gebühren refinanziert. Eine Berücksichtigung der Mehraufwendungen kann jedoch erst mit Erlass einer neuen Gebührensatzung erfolgen, sodass erst in den Folgejahren mit steigenden Gebührenerträgen zu rechnen ist. Die Refinanzierung erfolgt folglich mit Zeitversatz und führt zu einer Ergebnisbelastung des laufenden Haushaltsjahres.

Zentrale Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten (FB 38):

Die Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro resultiert maßgeblich aus der Produktgruppe „Ausländerangelegenheiten“. Hier ergibt sich eine Verschlechterung i. H. v. rd. 3,1 Mio. Euro aufgrund von Mehraufwendungen bei den Personalkosten bedingt durch überplanmäßige Einsätze.

Gegenläufig ist eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro in der Produktgruppe „Zentrale Ausländerbehörde“ zu verzeichnen. Die Zentrale Ausländerbehörde ist 100 % landesfinanziert und weist daher in der aktuellen Prognose ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die positive Abweichung zum Planansatz ist auf geringere Personalaufwendungen zurückzuführen.

3.5 Geschäftsbereich 4 [Jugend, Bildung und Kultur]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	181.158.947	181.158.947	217.274.248	36.115.301	19,94
3	+ Sonstige Transfererträge	12.744.251	12.744.251	13.683.820	939.569	7,37
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27.412.333	27.412.333	29.972.544	2.560.211	9,34
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.838.125	4.838.125	3.669.272	-1.168.852	-24,16
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	33.359.533	33.359.533	35.549.870	2.190.337	6,57
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	5.363.855	5.363.855	8.546.004	3.182.149	59,33
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	264.877.043	264.877.043	308.695.757	43.818.714	16,54
11	- Personalaufwendungen	145.132.473	145.132.473	151.669.743	6.537.269	4,50
12	- Versorgungsaufwendungen	9.495.400	9.495.400	9.252.531	-242.869	-2,56
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41.939.443	41.939.443	76.787.040	34.847.597	83,09
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.103.011	2.103.011	2.327.307	224.296	10,67
15	- Transferaufwendungen	512.158.214	512.158.214	541.039.899	28.881.684	5,64
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.486.751	40.487.584	44.805.579	4.317.995	10,66
17	= Ordentliche Aufwendungen	751.315.292	751.316.125	825.882.098	74.565.973	9,92
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-486.438.249	-486.439.082	-517.186.340	-30.747.259	6,32
19	+ Finanzerträge	10.000	10.000	10.000	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	33.592	33.592	643	-32.949	-98,09
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-23.592	-23.592	9.357	32.949	-139,66
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-486.461.840	-486.462.674	-517.176.983	-30.714.310	6,31
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-486.461.840	-486.462.674	-517.176.983	-30.714.310	6,31
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	40.655.398	40.655.398	40.655.398	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	130.131.928	130.131.928	130.131.928	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-575.938.371	-575.939.204	-606.653.514	-30.714.310	5,33

Der Geschäftsbereich 4 prognostiziert eine negative Abweichung vom fortgeschriebenen Ergebnis i. H. v. rd. 30,7 Mio. Euro. Während sich die ordentlichen Erträge in der Prognose um rd. 43,8 Mio. Euro erhöhen, steigen die ordentlichen Aufwendungen überproportional um rd. 74,6 Mio. Euro.

Maßgeblich für die Ergebnisverschlechterung mit signifikant steigenden **Transferaufwendungen** sind zwei Produktgruppen des Jugendamts:

- „Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien“ (rd. 10,9 Mio. Euro) und
- „Tageseinrichtungen für Kinder“ (rd. 4,5 Mio. Euro)

sowie der „Digitalpakt Schule“ in Höhe des nicht geplanten städtischen Eigenanteils mit rd. 8,7 Mio. Euro.

Von den steigenden Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 6,3 Mio. Euro entfallen auf die beiden o. g. Produktgruppen des Jugendamtes rd. 2,6 Mio. Euro bzw. rd. 2,1 Mio. Euro.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0095	Geschäftsbereichsbüro GB4	-58.721.497	-58.919.850	-198.354
FB40	Fachbereich Schule	-74.626.344	-83.252.824	-8.626.480
FB41	Kulturamt	-5.972.368	-6.288.083	-315.715
FB41-3	Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv	-1.518.982	-1.745.769	-226.787
FB41-4	Alte Synagoge/Haus jüdischer Kultur	-376.075	-361.580	+14.495
FB42	Stadtbibliothek	-7.963.126	-7.741.006	+222.120
FB43	Volkshochschule	-2.210.664	-2.469.453	-258.789
FB44	Folkwang Musikschule	-4.659.240	-4.467.260	+191.980
FB45	Museen der Stadt Essen	-4.261.740	-4.798.314	-536.574
FB51	Jugendamt	-326.152.638	-347.132.844	-20.980.206
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-486.462.674	-517.176.983	-30.714.310

Die Abweichungen im Geschäftsbereichsbüro 4 sowie den kulturellen Fachbereichen und Instituten (41, 41-3, 41-4, 42, 43, 44 und 45) saldieren sich auf rd. -1,1 Mio. Euro und sind im Wesentlichen auf die Veränderungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie auf Mehraufwendungen für Sicherheitsdienstleistungen beim FB 43 (rd. 0,1 Mio. Euro) zurückzuführen.

Fachbereich Schule (FB 40):

Der Fachbereich Schule prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 8,6 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf den städtischen Eigenanteil beim Projekt „Digitalpakt Schule“ zurückzuführen ist. Hier stehen Mehrerträge (Zuwendungen vom Land) i. H. v. rd. 21,2 Mio. Euro Mehraufwendungen i. H. v. rd. 29,8 Mio. Euro gegenüber.

Weiterhin stehen Verbesserungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen saldierte Verschlechterungen i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro gegenüber, die sich im Wesentlichen in nachfolgenden Produktgruppen darstellen:

OGS und Grundschule

Für die OGS und Grundschulen wird eine zusätzliche Verbesserung i. H. v. insgesamt rd. 0,2 Mio. Euro prognostiziert.

Aus der geplanten Gruppenerweiterung an offenen Ganztagschulen zum Schuljahr 2023/2024 resultieren höhere Zuschüsse an die JHE i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro sowie höhere Aufwendungen für Küchenkräfte i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro. Die Gruppenerweiterung führt auch zu höheren Landeszuweisungen i. H. v. rd. 1,3 Mio. Euro sowie zu höheren Elternbeiträgen i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro. Ebenfalls entstehen Verbesserungen i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro, da der Schulmilchlieferant zurückgetreten ist und aktuell keine Schulmilch ausgeliefert wird.

Gesamtschulen

Bei den Gesamtschulen entsteht eine weitere Verschlechterung i. H. v. rd. 0,1 Mio. Euro aufgrund von Mehraufwendungen für Sicherheitsdienstleistungen.

Alfried-Krupp-Schulmedienzentrum (AKSMZ)

Das AKSMZ prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro, welche auf die Fördermaßnahme „IT-Administration“ (Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt 2019-2024) zurückzuführen ist. Es entstehen Mindererträge, da die geplante Förderung des Landes aufgrund von nicht förderfähigen Aufwendungen nicht in voller Höhe realisiert werden kann.

Schülerbeförderung

Bei der Schülerbeförderung entstehen zusätzliche Mehraufwendungen i. H. v. rd. 0,1 Mio. Euro aufgrund des gestiegenen Tagespauschalpreises der Ruhrbahn. Weitere rd. 0,1 Mio. Euro Verschlechterung ergeben sich aus der Teilnahme an dem Modell zur Einführung eines Schülertickets als Deutschlandticket. Gegenläufig führt die Änderung der Schülerkosten VO 2023 zu zusätzlichen Mehrerträgen i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro.

Bildungsbüro und Zentrale Leistungen

Sowohl das Förderprogramm „Aufholen nach Corona“ als auch „Extrazeit zum Lernen in NRW“ wurden durch das Land NRW verlängert. Hierdurch entstehen zusätzliche Mehrerträge und Mehraufwendungen i. H. v. insgesamt jeweils 2,1 Mio. Euro.

Jugendamt (FB 51):

Das Jugendamt prognostiziert zum Stichtag 30. Juni 2023 eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 21,0 Mio. Euro. Davon sind rd. 5,6 Mio. Euro auf höhere Personalaufwendungen zurückzuführen, die sich aus dem Tarifabschluss ergeben. Bei den verbleibenden rd. 15,4 Mio. Euro handelt es sich im Wesentlichen um saldierte Veränderungen folgender Produktgruppen:

Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien

Die Produktgruppe weist über die oben benannten Veränderungen bei den Personalaufwendungen (rd. 2,6 Mio. Euro) hinaus eine Verschlechterung i. H. v. rd. 10,9 Mio. Euro aus. Mehraufwendungen entstehen im Rahmen der Gewährung von ambulanten Hilfen (rd. 3,4 Mio. Euro) und stationären Hilfen (rd. 7,1 Mio. Euro). Ursächlich für diese Entwicklung sind fortlaufende Fallzahl- und Kostensteigerungen einhergehend mit höheren Erstattungs aufwendungen an Dritte (Gemeinden).

Tageseinrichtungen für Kinder

Neben der Verschlechterung aus höheren Personalaufwendungen (rd. 2,1 Mio. Euro) wird für den Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder eine negative Abweichung i. H. v. rd. 4,5 Mio. Euro prognostiziert. Es werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 16,2 Mio. Euro erwartet, die insbesondere auf erhöhte Zuwendungen und Zuschüssen an freie Träger (rd. 14,1 Mio. Euro, davon rd. 2,7 Mio. Euro Corona-bedingt) zurückzuführen sind. Hintergrund der steigenden Zuschussleistungen ist im Wesentlichen die Anhebung der Fortschreibungsraten nach § 37 KiBiz, die zu höheren Betriebskosten der Kitas führt sowie die Weiterleitung von Landeszuschüssen. Zudem sind teilweise bereits erhaltene Zuschüsse (rd. 1,2 Mio. Euro) wieder zurückzuzahlen. Darüber hinaus entstehen beim städtischen Träger Mehraufwendungen durch höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (rd. 0,4 Mio. Euro) und sonstige ordentliche Aufwendungen (rd. 0,3 Mio. Euro). Ergebnisverbessernd wirken sich in dieser Produktgruppe Mehrerträge i. H. v. rd. 11,7 Mio. Euro aus, die sich im Wesentlichen aus höheren Landeszuweisungen für die anteilige Refinanzierung höherer Betriebskosten (rd. 5,6 Mio. Euro), der „Abfederung Energiepreisteigerung“ (rd. 1,7 Mio. Euro) sowie der Förderung für das Projekt „Alltagshelfer“ (rd. 3,5 Mio. Euro) ergeben. Ferner werden höhere Elternbeiträge (rd. 0,8 Mio. Euro) sowie höhere Rückzahlungen (rd. 1,5 Mio. Euro) prognostiziert. Dem entgegen stehen Mindererträge bei den Elternbeiträgen für Mittagessen, da die ursprünglich geplante Preiserhöhung in 2023 nicht umgesetzt wird (rd. 1,2 Mio. Euro).

Unterhaltsvorschussleistungen

In Bezug auf die Unterhaltsvorschussleistungen ergibt sich neben den Verschlechterungen für Personalaufwendungen (rd. 0,3 Mio. Euro) eine negative Abweichung i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro. Es werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 2,4 Mio. Euro überwiegend aufgrund steigender Unterhaltsvorschussbeträge und Fallzahlen geplant, die teilweise durch höhere Erstattungen des Landes kompensiert werden.

Städtischer Heimverbund

Im Bereich des städtischen Heimverbunds stehen den Verschlechterungen aus höheren Personalaufwendungen (rd. 0,4 Mio. Euro) Verbesserungen i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro gegenüber, die sich aus höheren Benutzungsgebühren aufgrund steigender Pflegesätze ergeben.

3.6 Geschäftsbereich 5 [Soziales, Arbeit und Gesundheit]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	22.399.309	22.399.309	42.324.110	19.924.801	88,95
3	+ Sonstige Transfererträge	24.564.178	24.564.178	22.630.201	-1.933.978	-7,87
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	914.412	914.412	1.874.412	960.000	104,99
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.500	7.500	7.500	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	867.372.337	867.372.337	871.352.249	3.979.912	0,46
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.985.222	3.985.222	4.122.980	137.758	3,46
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	919.242.957	919.242.957	942.311.451	23.068.493	2,51
11	- Personalaufwendungen	109.992.587	109.992.587	110.777.275	784.688	0,71
12	- Versorgungsaufwendungen	18.200.091	18.200.091	18.455.121	255.030	1,40
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.650.946	11.650.946	20.151.730	8.500.784	72,96
14	- Bilanzielle Abschreibungen	72.425	72.425	82.407	9.982	13,78
15	- Transferaufwendungen	1.082.766.054	1.082.766.054	1.115.088.910	32.322.856	2,99
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.125.559	9.125.559	9.464.907	339.348	3,72
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.231.807.662	1.231.807.662	1.274.020.350	42.212.689	3,43
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-312.564.704	-312.564.704	-331.708.900	-19.144.195	6,12
19	+ Finanzerträge	2.000	2.000	2.000	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	2.000	2.000	2.000	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-312.562.704	-312.562.704	-331.706.900	-19.144.195	6,12
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-312.562.704	-312.562.704	-331.706.900	-19.144.195	6,12
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.473	2.473	2.473	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	9.989.380	9.989.380	9.989.380	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-322.549.611	-322.549.611	-341.693.806	-19.144.195	5,94

Im Geschäftsbereich 5 wird eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 19,1 Mio. Euro prognostiziert. Aufwandsseitig werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 42,2 Mio. Euro kalkuliert. Demgegenüber stehen Mehrerträge i. H. v. rd. 23,1 Mio. Euro.

Die Mehrerträge setzen sich größtenteils aus Mehrerträgen bei Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. 19,9 Mio. Euro zusammen. Davon entfallen rd. 10,9 Mio. Euro auf übertragene Zuwendungen aus dem Jahr 2022:

- rd. 7,8 Mio. Euro aus der Bundesbeteiligung an den Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine beim Amt für Soziales und Wohnen,
- rd. 3,1 Mio. Euro für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ im Rahmen des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD).

Darüber hinaus wurden Landesmittel aus dem Sondervermögen Krisenbewältigung i. H. v. rd. 13,1 Mio. Euro vom Amt für Soziales und Wohnen vereinnahmt. Dem gegenüber stehen geringere Erstattungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) i. H. v. rd. 4,0 Mio. Euro.

Den Mehrerträgen aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen i. H. v. rd. 4,0 Mio. Euro stehen höhere Transferaufwendungen gegenüber.

Von den Mehraufwendungen i. H. v. rd. 42,2 Mio. Euro entfallen rd. 8,5 Mio. Euro auf Sach- und Dienstleistungen, insbesondere für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ und für die Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine.

Darüber hinaus zeichnen sich deutliche Steigerungen bei den Transferaufwendungen i. H. v. rd. 32,3 Mio. Euro ab. Diese setzen sich aus verschiedenen Leistungen zusammen, insbesondere aus den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), den Aufwendungen in Verbindung mit den Mitteln des Stärkungspakts NRW, der Hilfe zur Gesundheit und den Eingliederungshilfen nach dem SGB IX beim Fachbereich 50 sowie den Leistungen nach dem SGB II beim Fachbereich 56. Positiv wirkt sich weiterhin die zum 01. Januar 2022 eingeführte Pflegereform aus.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0096	Geschäftsbereichsbüro GB5	-5.786.843	-6.920.418	-1.133.575
FB50	Amt für Soziales und Wohnen	-170.107.825	-184.745.729	-14.637.904
FB53	Gesundheitsamt	-13.854.209	-15.002.742	-1.148.533
FB56	JobCenter Essen	-122.813.827	-125.038.011	-2.224.184
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-312.562.704	-331.706.900	-19.144.195

Geschäftsbereichsbüro GB5 (FB0096):

Für das Geschäftsbereichsbüro wird zum Ende des zweiten Quartals eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro prognostiziert. Diese ergibt sich hauptsächlich aus einer prognostizierten Zuschusserhöhung an die EABG-Gruppe i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro.

Amt für Soziales und Wohnen (FB 50):

Insgesamt wird im Fachbereich 50 eine Verschlechterung i. H. v. rd. 14,6 Mio. Euro prognostiziert, die i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro auf Personal- und Versorgungsaufwendungen entfällt.

Weitere Abweichungen werden in den nachfolgenden Produktgruppen (PG) prognostiziert:

Leistungen für Asylbewerber

In der Produktgruppe „Leistungen für Asylbewerber“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 6,2 Mio. Euro erwartet, die sich wie folgt zusammensetzt:

- Im Bereich der Hilfen nach § 2 AsylbLG liegen sowohl die Empfängerzahlen als auch die Durchschnittskosten unter dem Planwert, sodass eine Verbesserung i. H. v. rd. 5,3 Mio. Euro vorliegt,
- im Bereich der Hilfen nach dem § 3 AsylbLG ergeben sich Haushaltsbelastungen i. H. v. rd. 6,5 Mio. Euro und
- im Bereich der originären Flüchtlingsaufwendungen für Geflüchtete aus der Ukraine i. H. v. rd. 5,0 Mio. Euro.

Die Haushaltsbelastung im Bereich der originären Hilfen an die Geflüchteten aus der Ukraine ergibt sich als Saldo aus:

- Erstattungen nach dem FlüAG i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro,
- Beteiligung des Landes aus dem Sondervermögen Krisenbewältigung i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro,
- Beteiligung des Bundes an den Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung i. H. v. rd. 7,8 Mio. Euro und
- Aufwendungen i. H. v. rd. 16,7 Mio. Euro für Betreiber- und Betreuungsleistungen in den Unterkünften sowie für laufende Leistungen nach dem AsylbLG.

Leistungen nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW (APG)

Die Produktgruppe weist insgesamt eine Verbesserung i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro aus, da aufgrund geringerer Empfängerzahlen sowie Durchschnittskosten Minderaufwendungen entstehen.

Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX

Die Verschlechterung in dieser Produktgruppe i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro ergibt sich insbesondere aus einer Verzögerung im Vergabeverfahren, wodurch das Scan-Projekt im Jahr 2022 nicht abgeschlossen werden konnte.

Sonstige soziale Leistungen

Für den Bereich „Sonstige soziale Leistungen“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro kalkuliert. Nach der Corona-Pandemie sind die Empfängerzahlen und damit auch die Aufwendungen für Bildung und Teilhabe (BuT) deutlich gestiegen. Die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt mit Einführung des WohngeldPlus-Gesetzes weiter an.

Hilfe zur Gesundheit

Diese Produktgruppe weist eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,1 Mio. Euro aus. Auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen wurden ab dem 01. Juni 2022 Personen mit ukrainischem Fluchthintergrund in das Regelsystem des SGB XII überführt. Hiermit einher geht auch der Wechsel der Krankenversorgung von der Akutversorgung über das AsylbLG in einen regulären Krankenversorgungsanspruch gemäß § 264 SGB V.

Hilfe zur Pflege

Bei der „Hilfe zur Pflege“ wird eine saldierte Verbesserung i. H. v. rd. 2,4 Mio. Euro prognostiziert. Im Bereich der ambulanten Hilfe zur Pflege wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro prognostiziert. Diese Steigerung ist auf einen deutlichen Anstieg der Durchschnittskosten zurückzuführen. Bei der stationären Pflege haben sich die durchschnittlichen Aufwendungen und die Zahl der Hilfeempfänger in den ersten Monaten des Jahres 2023 kontinuierlich erhöht, liegen aber weiterhin unter den Planwerten. Hieraus resultiert eine Verbesserung i. H. v. rd. 5,0 Mio. Euro.

Soziale Einrichtungen für Aussiedler/Ausländer

In dieser Produktgruppe wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro ausgewiesen, die aus einer Verbesserung i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen resultiert. Für Sicherheitsdienstleistungen in Unterkünften für Geflüchtete aus der Ukraine wird mit Aufwendungen i. H. v. rd. 3,8 Mio. Euro kalkuliert. Weiterhin führt die Anschaffung von Haushaltsgeräten zu einer Verschlechterung i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro. Dem gegenüber stehen Erträge i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro aus Benutzungsgebühren für die gleiche Personengruppe sowie Erträge aus der Beteiligung des Landes aus dem Sondervermögen Krisenbewältigung i. H. v. rd. 3,0 Mio. Euro.

Eingliederungshilfe nach SGB IX

Für die Produktgruppe „Eingliederungshilfe nach SGB IX“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 6,9 Mio. Euro prognostiziert.

Bis zum 30. Juni 2022 konnten Sozialdienstleister Leistungen nach dem Sozialdienstleister Einsatzgesetz (SodEG) bis zu 75 % abrechnen, auch wenn diese Pandemie-bedingt nicht erbracht werden konnten. Inzwischen werden die Eingliederungshilfen wieder normal in Anspruch genommen bzw. nehmen insbesondere bei der Teilhabe zur Bildung deutlich zu.

Gesundheitsamt (FB 53):

Für das Gesundheitsamt wird zum jetzigen Zeitpunkt eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro prognostiziert, die nahezu ausschließlich auf Anpassungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen ist.

JobCenter Essen (FB 56):

Für das JobCenter wird insgesamt eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro prognostiziert, wobei sich aus der Anpassung der Personal- und Versorgungsaufwendungen eine Verbesserung i. H. v. rd. 0,9

Mio. Euro ergibt. Aus nachfolgenden Bereichen ergeben sich dagegen Verschlechterungen i. H. v. rd. 3,1 Mio. Euro:

Leistungen nach dem SGB II kommunalfinanziert

Für die „Leistungen nach dem SGB II kommunalfinanziert“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,4 Mio. Euro ausgewiesen, die sich im Wesentlichen zusammensetzt aus:

- Mehraufwendungen i. H. v. rd. 4,9 Mio. Euro im Bereich der Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU) aufgrund höherer Miet-, Energie- und sonstiger Kosten,
- Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro im Bereich „Bildung und Teilhabe“ (BuT),
- Mehrerträge i. H. v. rd. 4,4 Mio. Euro aus einer höheren BuT-Erstattungsquote.

Leistungen nach dem SGB II bundesfinanziert

Für die „Leistungen nach dem SGB II bundesfinanziert“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro prognostiziert.

Diese ergibt sich im Wesentlichen aus Mindererträgen i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro aus den Verwaltungskostenerstattungen des Bundes aufgrund personeller Unterbesetzungen in den abrechnungsfähigen Bereichen. Von den Personalkostenerstattungen i. H. v. rd. 67,5 Mio. Euro stehen rd. 3,7 Mio. Euro in Verbindung mit Geflüchteten aus der Ukraine. Dem gegenüber steht eine Verbesserung im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro.

3.7 Geschäftsbereich 6 [Umwelt, Verkehr und Sport]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	26.743.541	26.743.541	24.641.608	-2.101.933	-7,86
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.973.274	17.973.274	17.585.334	-387.940	-2,16
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.125.793	5.125.793	5.348.493	222.700	4,34
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.508.766	1.508.766	1.508.766	0	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.113.563	3.113.563	5.116.270	2.002.706	64,32
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	3.425.000	3.425.000	3.425.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	57.889.938	57.889.938	57.625.471	-264.467	-0,46
11	- Personalaufwendungen	72.102.086	72.102.086	72.972.525	870.439	1,21
12	- Versorgungsaufwendungen	8.575.320	8.575.320	8.492.821	-82.499	-0,96
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.358.711	51.441.169	51.483.963	42.795	0,08
14	- Bilanzielle Abschreibungen	43.244.631	43.244.631	46.418.645	3.174.015	7,34
15	- Transferaufwendungen	34.951.497	34.951.497	35.357.377	405.880	1,16
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.120.875	19.120.875	19.478.892	358.017	1,87
17	= Ordentliche Aufwendungen	229.353.120	229.435.578	234.204.225	4.768.646	2,08
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-171.463.182	-171.545.640	-176.578.754	-5.033.113	2,93
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.500	1.500	1.500	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-1.500	-1.500	-1.500	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-171.464.682	-171.547.140	-176.580.254	-5.033.113	2,93
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-171.464.682	-171.547.140	-176.580.254	-5.033.113	2,93
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.943.661	1.943.661	1.943.661	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	39.533.789	39.533.789	39.533.789	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-209.054.810	-209.137.268	-214.170.382	-5.033.113	2,41

Die prognostizierte Ergebnisverschlechterung im Geschäftsbereich 6 i. H. v. rd. 5,0 Mio. Euro resultiert in erster Linie aus einer Erhöhung der bilanziellen Abschreibungen in einem Umfang von rd. 3,2 Mio. Euro im Bereich der Sport- und Bäderbetriebe Essen (SBE) und bei Grün und Gruga (FB 67) sowie einer Steigerung des Personalaufwands um rd. 0,9 Mio. Euro.

Zudem wird für Transferaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. insgesamt rd. 0,8 Mio. Euro erwartet.

Auf der Ertragsseite wird eine saldierte Verschlechterung i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro prognostiziert. Dabei ergeben sich die Mindererträge i. H. v. rd. 2,1 Mio. Euro im Bereich der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen überwiegend beim Amt für Straßen und Verkehr (FB 66). Die hierzu gegenläufigen Mehrerträge i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro im Bereich der sonstigen ordentlichen Erträge sind im Wesentlichen auf entsprechende Verbesserungen bei Grün und Gruga (FB 67) zurückzuführen.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0097	Geschäftsbereichsbüro GB6	-34.756.207	-37.944.528	-3.188.320
FB06-01	Steuerungsstelle ÖPNV	-1.828.691	-1.886.109	-57.418
FB06-02	Grüne Hauptstadt Agentur	-8.651.970	-9.279.888	-627.917
FB59	Umweltamt	-11.685.290	-11.558.150	+127.141
FB59-6	Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt	-4.100.425	-4.376.845	-276.420
FB66	Amt für Straßen und Verkehr	-76.218.485	-77.872.950	-1.654.465
FB67	Grün und Gruga Essen	-34.306.071	-33.661.785	+644.286
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-171.547.140	-176.580.254	-5.033.113

Geschäftsbereichsbüro (GBB 6):

Beim Geschäftsbereichsbüro GB6 ergibt sich eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 3,2 Mio. Euro, welche im Wesentlichen auf die nachfolgenden Sachverhalte zurückzuführen ist.

Aufgrund personeller Umstrukturierungen wird bei den Personalaufwendungen eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro prognostiziert.

Im Teilplan Sport- und Bäderbetriebe Essen (SBE) wird eine Erhöhung der Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen auf Finanzanlagen i. H. v. rd. 2,5 Mio. Euro prognostiziert. Diese resultiert aus folgenden Sachverhalten:

- rd. 1,0 Mio. Euro Mehraufwand aufgrund der Abschreibung von Ausleihungen an das Sondervermögen (Investitionszuschüsse),
- rd. 1,5 Mio. Euro Mehraufwand aus der Abschreibung einer nicht werthaltigen Kapitaleinlage.

Weiterhin erhöht sich der Transferaufwand aus dem Zuschuss an die Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR) für die Betriebsstätte Nienhausen um rd. 0,4 Mio. Euro zum anteiligen Ausgleich von Energiepreissteigerungen sowie von Corona-bedingten Verlusten.

Grüne Hauptstadt Agentur (FB 06-02):

Die Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro resultiert aus gestiegenen Personalaufwendungen.

Amt für Straßen und Verkehr (FB 66):

Insgesamt ergibt sich eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro.

Diese besteht im Wesentlichen aus Mindererträgen i. H. v. rd. 2,4 Mio. Euro im Bereich der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, welche auf eine geringere Auflösung von Sonderposten für mit Fördermitteln finanzierte Vermögensgegenstände zurückzuführen sind. Weiterhin ergeben sich bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten Mindererträge i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro aufgrund einer geringeren Auflösung von Sonderposten für Beiträge.

Demgegenüber werden Minderaufwendungen i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen prognostiziert.

Grün und Gruga Essen (FB 67):

Aus der aktuellen Prognose ergibt sich eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro, welche sich aus Mehrerträgen i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro sowie Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro zusammensetzt.

Die Mehrerträge ergeben sich im Wesentlichen aus:

- rd. 1,9 Mio. Euro aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen,
- rd. 0,4 Mio. Euro aus Zuwendungen für Hochwassermaßnahmen,
- rd. 0,3 Mio. Euro aus Verkaufserlösen im Grugapark.

Die Mehraufwendungen sind überwiegend zurückzuführen auf:

- rd. 0,7 Mio. Euro aus Abschreibungen,
- rd. 0,5 Mio. Euro bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen,
- rd. 0,4 Mio. Euro aus nicht für 2023 geplanten Aufwendungen für Hochwassermaßnahmen.

3.8 Geschäftsbereich 7 [Stadtplanung und Bauen]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.374.329	16.374.329	19.913.294	3.538.965	21,61
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.748.644	7.748.644	6.758.644	-990.000	-12,78
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.513.850	15.513.850	15.473.850	-40.000	-0,26
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	855.581	855.581	855.581	0	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	8.061.762	8.061.762	12.194.685	4.132.923	51,27
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	2.080.000	2.080.000	2.080.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	50.634.165	50.634.165	57.276.054	6.641.888	13,12
11	- Personalaufwendungen	43.859.295	43.859.295	47.807.474	3.948.180	9,00
12	- Versorgungsaufwendungen	8.623.764	8.623.764	8.816.710	192.946	2,24
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	84.455.776	84.455.776	96.150.288	11.694.512	13,85
14	- Bilanzielle Abschreibungen	41.497.575	41.497.575	42.954.762	1.457.187	3,51
15	- Transferaufwendungen	9.919.262	9.919.262	9.919.262	0	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.397.279	44.397.279	47.971.188	3.573.909	8,05
17	= Ordentliche Aufwendungen	232.752.951	232.752.951	253.619.683	20.866.733	8,97
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-182.118.786	-182.118.786	-196.343.630	-14.224.844	7,81
19	+ Finanzerträge	10.748.920	10.748.920	10.748.920	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	850	850	850	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	10.748.070	10.748.070	10.748.070	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-171.370.716	-171.370.716	-185.595.560	-14.224.844	8,30
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-171.370.716	-171.370.716	-185.595.560	-14.224.844	8,30
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	126.366.568	126.366.568	126.366.568	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	17.176.124	17.176.124	17.176.124	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-62.180.272	-62.180.272	-76.405.117	-14.224.844	22,88

Mit den aktuellen Preisentwicklungen in allen Sparten der Bau- und Energiewirtschaft, der Immobilienwirtschaft und im Bereich Personal sind für den Geschäftsbereich 7 erhebliche Risiken verbunden. Zum Jahresende wird eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 14,2 Mio. Euro prognostiziert.

Mehraufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus gestiegenen Energiekosten (rd. 5,8 Mio. Euro), Preissteigerungen in der Bauunterhaltung (rd. 5,5 Mio. Euro), Anmietungen von Gebäuden (0,9 Mio. Euro)

und tarifgebundenem Personalmehraufwand (rd. 3,9 Mio. Euro). Mehraufwendungen für die Unterbringung von Geflüchteten (rd. 5,5 Mio. Euro) können durch Mehrerträge aus Landesmitteln (rd. 5,5 Mio. Euro) kompensiert werden. Minderaufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus Grundstücksentwicklungen bzw. -sanierungen (rd. 1,4 Mio. Euro).

Mindererträge werden bei der Auflösung von Sonderposten (rd. 2,0 Mio. Euro) und bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (rd. 1,0 Mio. Euro) prognostiziert. Demgegenüber stehen die o. g. Mehrerträge aus Landesmitteln (rd. 5,5 Mio. Euro) sowie Mehrerträge aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen (rd. 4,1 Mio. Euro).

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0098	Geschäftsbereichsbüro GB7	5.010.719	5.030.779	+20.060
FB60	Immobilienwirtschaft Stadt Essen	-145.322.191	-161.320.258	-15.998.067
FB61	Amt für Stadtplanung und Bauordnung	-7.948.668	-8.952.263	-1.003.595
FB62	Amt f. Geoinformation, Vermessung u. Katastr.	-9.479.757	-8.645.326	+834.431
FB68	Amt f. Stadterneuerung u. Bodenmanagem.	-13.642.154	-11.719.828	+1.922.326
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-171.382.052	-185.606.896	-14.224.844

Immobilienwirtschaft Stadt Essen (FB 60):

Eine Prognose des Jahresergebnisses im Bereich der Energieversorgung ist aufgrund noch ausstehender Abrechnungen mit großen Unsicherheiten verbunden. Aktuelle Auskünfte der Marktanbieter lassen eine saldierte Verschlechterung i. H. v. insgesamt rd. 5,8 Mio. Euro erwarten, die sich zusammensetzt aus:

- Fernwärme: Minderaufwand rd. 1,0 Mio. Euro,
- Wasser: Minderaufwand rd. 0,4 Mio. Euro,
- Gas: Mehraufwand rd. 6,9 Mio. Euro,
- Strom: Mehraufwand rd. 0,3 Mio. Euro.

Für die Unterbringung Geflüchteter werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 5,5 Mio. Euro prognostiziert. Den Mehraufwendungen stehen Mehrerträge i. H. v. rd. 5,5 Mio. Euro aus Landesmitteln für die „Schaffung, Unterhaltung und Herrichtung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete“ entgegen.

Im Bereich der Bauunterhaltung werden aufgrund der Steigerung des Baupreisindex und unvermeidlichem Nachtragsmanagement Mehraufwendungen i. H. v. rd. 5,5 Mio. Euro prognostiziert.

Durch die Anmietung von Gebäuden (z. B. Lindenallee, Im Hesselbruch, Lützowstr.) für die Unterbringung von Dienststellen (Gesundheitsverwaltung, Zentrale IT-Steuerung, Rechtsamt u. a.) werden in Summe rd. 0,9 Mio. Euro Mehraufwendungen prognostiziert.

Darüber hinaus werden folgende wesentliche Verschlechterungen prognostiziert:

- Personalmehraufwendungen (rd. 4,5 Mio. Euro),
- Mindererträge aus der Auflösung von Sonderposten (rd. 2,0 Mio. Euro),
- höhere bilanzielle Abschreibungen (rd. 1,3 Mio. Euro).

Dem gegenüber stehen Mehrerträge aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen i. H. v. rd. 4,1 Mio. Euro.

Amt für Stadtplanung und Bauordnung (FB 61):

Bei den Baugenehmigungsgebühren wird aufgrund der rückläufigen Entwicklung von großen Bauvorhaben privater Bauherren ein Minderertrag i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro prognostiziert.

Amt für Geoinformation, Vermessung und Kataster (FB 62):

Die Einstellung von Personal für den technischen Dienst gestaltet sich langwierig und führt voraussichtlich zu geringeren Personalaufwendungen (rd. 0,9 Mio. Euro).

Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement (FB 68):

Ursächlich für die prognostizierte Verbesserung i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro sind folgende Entwicklungen:

- Die Grundstücksentwicklung und -sanierung „Pläßweidenweg“ verzögert sich und kann erst in den kommenden Jahren umgesetzt werden (Minderaufwand i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro);
- Im Sanierungsgebiet Altenessen/Nordviertel entfällt die Sanierung des Grundstücks „Altenbergstraße“. Die Vermarktung der Flächen entfällt, weil dort ein Schulstandort entstehen soll (Minderaufwand i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro);
- Es entstehen Minderaufwendungen im Zusammenhang mit Verkäufen von Grundstücken aufgrund einer priorisierten Bearbeitung der Ankäufe von Grundstücken (rd. 0,4 Mio. Euro).